

Kasten: [Grundzüge einer 3. Republik](#)

## **Bosniens steinige Staatsbildung**

### **Die internationale Verwaltung unter Rechtfertigungsdruck**

**Ein Berliner Expertengremium hat mit einem frontalen Angriff gegen die in Bosnien-Herzegowina tonangebende internationale Verwaltung viel Staub aufgewirbelt. Kritisiert werden vor allem die nach dem Friedensvertrag von Dayton errichteten Strukturen und die Allmacht der internationalen Verwalter.**

Wok. Sarajewo, im Juli

«Man sollte die Internationalen alle nach Hause schicken, alle. Nur die ausländischen Truppen, die sollen bleiben.» Der so spricht, müsste dann aber gleich selbst seine Koffer packen. Auch er zählt zur Schar der in Bosnien-Herzegowina tätigen Internationalen, die nach dem Friedensvertrag von Dayton 1995 ins Land kamen und seither als Verwalter, Demokratie-Experten und Buchhalter den steinigen Weg der Staatsbildung zu weisen versuchen. Manche tun es mit viel gutem Willen, andere für viel gutes Geld. Das Resultat allerdings lässt auf sich warten. Seit dem Ende des Kriegs vor acht Jahren sind aus dem Ausland 17 Milliarden Euro an Aufbauhilfe nach Bosnien geflossen. Das Resultat ist bescheiden. In der Politik dominieren dieselben nationalistischen Parteien wie bei Kriegsausbruch 1992. Und in der Wirtschaft tut sich wenig. «Geben wir es zu», sagt der Internationale, «wir haben versagt. Lassen wir doch die Bosnier selbst den Job machen.»

### **Beissende Polemik**

Die Konversation fand vor einem halben Jahr statt. Der Gesprächspartner ist inzwischen tatsächlich abgereist - und von einem Nachfolger ersetzt worden. Seine radikale Forderung aber erhielt in jüngster Zeit grosses Gehör. Unter dem Titel «Wohlvollende Despoten» erschien am 25. Juli in der «Frankfurter Allgemeinen Zeitung» ein längerer Text, in dem die Machtbefugnisse des Hohen Repräsentanten der Staatengemeinschaft in Bosnien als Hindernis für die Staatsbildung bezeichnet wurden. Dabei wird eine direkte historische Parallele zwischen den derzeitigen Verwaltungsstrukturen in Bosnien und jenen der britischen East India Company während der Kolonialzeit gezogen. Die zwei Autoren, Gerald Knaus und Felix Martin, gehören der renommierten, in Berlin domizilierten Expertengruppe European Stability Initiative (ESI) an. Die ursprüngliche Fassung ihrer Kritik erschien im «Journal of Democracy» unter dem Titel: «Lessons from Bosnia and Herzegovina - Travails of the European Raj». Darin werden dem derzeitigen Hohen Repräsentanten, dem ehemaligen Chef der britischen Liberaldemokraten Paddy Ashdown, koloniale Herrschaftsmethoden vorgeworfen.

Im Unterschied zu den Bergen an bisher erschienenen Publikationen über die Errichtung eines Rechtsstaates in Bosnien fand der ESI-Text wohl nicht zuletzt wegen seines polemischen Stils sofort internationale Beachtung. Die darin aufgelisteten Vorwürfe sind substanziell. Mehr denn je bestimmten in Bosnien Ausländer den Lauf der Entwicklung. Wer nicht spure, dem drohten Sanktionen. Das Büro des Hohen Repräsentanten (OHR) habe seine Kompetenzen im Laufe der Jahre stark erweitert und sei faktisch niemandem Rechenschaft schuldig. Die bosnischen Volksvertreter müssten sich einem System unterordnen, das mit der britischen kolonialen Herrschaftsmethode der «indirect rule» vergleichbar sei. Es herrsche demnach eine Scheindemokratie, welche die Bildung von Verantwortung gegenüber dem Gemeinwohl nicht zulasse.

Der Hohe Repräsentant muss sich zweimal jährlich vor dem sogenannten Friedensimplementierungsrat verantworten. Dieses aus 50 Staaten zusammengesetzte, jeweils in Bonn tagende Gremium überwacht die Umsetzung der Daytoner Friedensverträge seit 1995. Der Rat räumte seither dem Hohen Repräsentanten immer weiterreichende Befugnisse zur Durchsetzung der Friedensverträge ein. Davon wurde Gebrauch gemacht. Im vergangenen Jahr gab es 153 Erlasse des OHR. Dazu zählten Gesetzesänderungen, aber auch die Entlassung von Richtern, gewählten Politikern und Beamten. ESI wirft dem OHR in seinem Handeln auch mangelnde Konsistenz vor. Erst habe man den Aufbau des Rechtsstaats propagiert, dann sei der Kampf gegen die nationalistischen Parteien aufgenommen worden, und als dieser verloren worden sei, habe man sich der Bekämpfung von Korruption und organisiertem Verbrechen zugewandt. Dieser fortwährende Wechsel der Aktionsschwerpunkte verdeutliche das dahinter stehende Denken, wonach Bosnien zu einer Staatsbildung aus eigener Kraft nicht imstande sei. Gleich wie andere grosse Institutionen perpetuiere das OHR seine Macht aus Eigeninteresse. Die Rechtsstaatlichkeit aber, der sich Bosnien mit seinem Beitritt zum Europarat im vergangenen Oktober verpflichtet habe, bleibe dabei auf der Strecke.

### **Bescheidenes Interesse in Sarajewo**

Der Hohe Repräsentant, Ashdown, stellte sich in der ihm gebotenen Art des Lords der Kritik. Gegenüber der stringenten Argumentation der ESI zeigte er aber etwelche Mühe. Er berief sich im Wesentlichen auf jüngere Meinungsumfragen, wonach eine grosse Mehrheit der bosnischen Bevölkerung die Meinung äusserte, die Machtbefugnisse des OHR seien nicht zu gross, sondern eher zu gering. Das allein muss nicht viel heissen. Weiter wiederholt Ashdown die bereits wohlbekannte Zusicherung, er werde seine Anwesenheit so kurz wie möglich halten, um hernach die Führung des Landes seinen Bewohnern zu übergeben. In den bosnischen Medien fand die Debatte bisher nur geringen Widerhall, und von Seiten der grossen Parteien erfolgte kaum eine Reaktion.

Ein bekannter bosnischer Kolumnist verweist in diesem Zusammenhang auf eine unheilvolle Allianz, welche die drei grossen nationalistischen Parteien mit Ashdown verbinde. Seit dem Wahlsieg der bosnjakischen SDA, der serbischen SDS und der kroatischen HDZ im vergangenen Herbst habe sich zwischen dem OHR und diesen von internationaler Seite stets verteuflerten Parteien ein perfektes System eingespielt. Ashdowns forscher Kurs werde widerstandslos akzeptiert. Ihrem Wahlvolk gegenüber wüssten sich die Nationalisten sehr geschickt zu rechtfertigen, da sie alle unangenehmen Entscheide durch den Hohen Repräsentanten fällen liessen und sich so aus der Verantwortung stehlen könnten. Auf diese Weise festigten sie ihre politische Position. Und man habe sich mittlerweile daran gewöhnt, dass in Bosnien mehr als dreizehn Jahre nach Kriegsausbruch wieder dieselben Parteien mit teilweise denselben Köpfen an der Macht seien. Das von ihnen vertretene Gedankengut beruhe aber auf ethnischen Interessen und sei demnach im bosnischen Kontext eindeutig rassistisch. Der Staatsbildung rücke man auf diese Weise keinen einzigen Schritt näher.

Einer, der diese Kritik trefflicher nicht formulieren könnte, ist der international höchst angesehene bosnische Publizist Ivan Lovrenovic. In der kroatischen Wochenzeitschrift «Feral Tribune» bescheinigte er seiner Heimat den Zustand totaler Stagnation. Den Internationalen warf er vor, willentlich oder unwillentlich die Ursache der herrschenden Krise in Bosnien nicht sehen zu wollen. Diese ortet Lovrenovic in der Symbiose der staatlichen, von den Nationalisten beherrschten Institutionen und der das Land überziehenden Strukturen von Korruption und Kriminalität. Die Nationalisten blockierten daher jegliche echten Reformen, da sie sich ja nicht selbst das Wasser abgraben wollten. Die angeblich demokratischen Machtstrukturen, wie sie in den Dayton-Abkommen festgeschrieben wurden, legen in einer überaus komplizierten Quotenregelung fest, dass in Bosnien die Angehörigen der drei Nationen (Ethnien) ihre jeweils eigenen Vertreter in die Legislativen wählen können.

Diese barbarische Erfindung unterstelle den Bürgern, keine politische Individualität ausserhalb ihrer eigenen Ethnie zu haben, schreibt Lovrenovic, der das System in Bosnien nach Dayton als eine Karikatur des ottomanischen Millet- Systems bezeichnet. Mit dieser in ihrer

Grundaussage zutreffenden Kritik an den herrschenden Verhältnissen schuf sich Lovrenovic eine Reihe mächtiger Feinde. Gleichzeitig aber bot er Unterstützung für eine Initiative, die bisher international kaum Beachtung gefunden hat. Vor einigen Monaten hatte eine Gruppe unabhängiger Intellektueller in einem öffentlichen Aufruf die Gründung der dritten Republik in Bosnien-Herzegowina gefordert (siehe Kasten). Treibende Kraft hinter der bisher von etwa 120 Persönlichkeiten aus dem ganzen Land unterzeichneten Initiative ist Adil Kulenovic, Direktor des unabhängigen Radio- und TV-Senders Studio 99 in Sarajewo. Natürlich habe er sich gefreut, so erzählt Kulenovic in seinem Studio, als die Dayton-Verträge unterzeichnet worden seien. Aber nur weil der Krieg endlich zu Ende war. Champagnerkorken hätten hier keine geknallt. Schon damals sei klar gewesen, dass die in Dayton besiegelte politische Gliederung und geographische Aufteilung des Landes keine Zukunft habe.

### **Für ein multiethnisches Bosnien**

Kulenovic, der während des Kriegs seinen Sender unter widrigsten Umständen betrieben und sich von den Nationalisten nie hatte vereinnahmen lassen, verfügt über einschlägige Erfahrungen. Im Jahre 1993 wurde ihm zugetragen, dass der damals als Friedenslösung für Bosnien präsentierte sogenannte Vance-Owen-Plan eine territoriale Teilung Sarajewos vorsah. Obwohl die politische Führung der Bosnjaken das Vorhaben insgeheim bereits akzeptiert hatte, lief Kulenovic Sturm dagegen. In kurzer Zeit gelang es ihm, in Bosnien und im Ausland dagegen Opposition aufzubauen. Rund 20 000 Personen in der Schweiz hatten damals mit ihrer Unterschrift den Protest unterstützt. In diesem Zusammenhang verweist Kulenovic auf die grosse Unterstützung, die er in dieser schwierigen Zeit von der Organisation Kulturbrücke Schweiz - Sarajewo erhalten habe. Der später in Sarajewo während kurzer Zeit verschleppte Sekretär der Kulturbrücke, Simon Gerber, sowie der Balser Philosophiedozent Arnold Künzli hätten unschätzbare Hilfe geleistet. Die Aktion des Senders hatte Erfolg, der Plan zur Teilung der bosnischen Hauptstadt wurde nie durchgeführt.

«Unsere Vergangenheit ist multiethnisch, unsere Zukunft muss multiethnisch sein», sagt Kulenovic. Im Herbst soll im ganzen Land mit der Sammlung von Unterschriften für die Initiative «Für Bosnien-Herzegowina - 3. Republik» begonnen werden. Die Initianten haben sich mit ihrem Vorhaben auch schon an Ashdown gewandt. Er soll ihnen gesagt haben, er habe viel Sympathie für den Vorstoss. Doch man müsse verstehen, öffentlich unterstützen könne er die Initiative leider nicht. Sein Job sei die Umsetzung der Dayton-Verträge, mehr nicht.

Der eingangs zitierte Internationale übrigens betätigt sich weiterhin als Demokratie-Experte - in einem Nachbarland Bosniens. Ausländische Intervention lässt sich in der Geschichte des Balkans über Jahrhunderte zurückverfolgen. Ob sich an dieser Tradition jemals etwas ändert?

### **Grundzüge einer 3. Republik**

Wok. Im Folgenden eine Zusammenfassung des Initiativtextes «Für Bosnien-Herzegowina - 3. Republik». Der Staat Bosnien-Herzegowina befindet sich nach dem Ende der ersten (sozialistischen) und der Zerstörung der zweiten (post-jugoslawischen) Republik in Gefahr. Die über Jahrhunderte hinweg aufgebaute Tradition des Zusammenlebens verschiedener Konfessionen und Ethnien droht zu verschwinden. Die Dayton-Verträge beendeten den Krieg, doch sie vermögen die zerstörten Werte nicht wiederherzustellen. Wir fordern daher die Einberufung des Parlaments der 3. Republik Bosnien-Herzegowina auf der Basis einer Verfassung, welche die Gleichheit aller Bürger und Ethnien im ganzen Land gewährleistet. Wir fordern eine echte Versöhnung unter freien Bürgern, die im herrschenden nationalistischen Klima des gegenseitigen Misstrauens nicht möglich ist. Die Verfassung schreibt einen säkularen Staat vor, nationale (ethnische) Identifikation liegt in der Kompetenz von Kulturvereinen. Bosnien-Herzegowina verpflichtet sich zu Neutralität, verfügt über eine einheitliche Berufsarmee und strebt den EU-Beitritt an.